

Vorwort des Redaktors

Autor(en): **Herzig, Ernst**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + FHD : unabhängige Monatszeitschrift für
Armee und Kader**

Band (Jahr): **57 (1982)**

Heft 9

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tödlicher Anschlag oder politisches Harakiri?

Es ist noch zu allen Zeiten Vorrecht der Jugend gewesen, nach den Sternen zu greifen, Unmögliches zu verlangen, Wirklichkeit zu leugnen, gegen Mehrheiten anzurennen. Ich weiss das aus eigener schmerzlicher Erfahrung. Letztere soll bekanntlich klüger werden lassen. Ob das zutrifft, wird jeder für sich beantworten müssen. Zum Beispiel Nationalrat und SPS-Präsident Hubacher. Warum wird noch zu erläutern sein.

Jetzt scheinen sich die Jusos (Jungsozialisten der Schweiz) anzuschicken, von besagtem Vorrecht Gebrauch zu machen. Sie wollen nicht mehr und nicht weniger als die Armee abschaffen. Weil diese nach ihrer Auffassung im Zeitalter der Nuklearwaffen nichts mehr taugt, den Schutz der Bevölkerung nicht länger gewährleisten kann. Also wollen sie eine Initiative starten mit dem Ziel, die Abschaffung der Armee durch eine Volksabstimmung zu erzwingen.

Freilich scheinen die Jusos dem Gelingen ihres Vorhabens nicht so sicher zu sein. Sie suchen Verbündete, wollen die «Basis verbreitern», die Trägerschaft mit weiteren Organisationen abstützen. Das dürfte ihnen nicht allzu schwerfallen. Es gibt in unserem Lande zig Gruppen und Grüpplein, die mit solcher Zielsetzung sympathisieren und deshalb bereitwillig mitmachen dürften.

Was soll man sagen zur Absicht der Jusos, die schweizerische Verteidigungsarmee abzuschaffen? Nationalrat und SPS-Präsident Hubacher bezeichnet sie schlicht als «politisches Harakiri». Für einmal bin ich geneigt, Hubacher vollumfänglich beizupflichten. Es muss für ihn, den gewiefen Politiker, wohl mehr als unerquicklich sein, machtlos zusehen zu müssen, wie die unvernünftige rote Jugend ins offene Messer rennen wird. Nicht einmal unter ihren Altersgenossen werden die Jusos Verständnis für solche politischen Dummheiten finden, geschweige denn eine Mehrheit. Was da ganz links von einigen Berufsjugendlichen und wirklichkeitsfremden Schwärmern zusammengebraut wird, ist nicht nach dem Geschmack des Schweizervolkes. Das politische Harakiri ist mithin vorprogrammiert.

So besehen und nüchtern beurteilt, vermag ich in dieser von politischer Unvernunft diktierten Initiative keinen «tödlichen Anschlag» gegen unsere Armee zu erkennen, wie das unlängst geschrieben worden ist. Dramatisierende Hysterie ist da ebenso fehl am Platz wie gleichgültiges Beiseitestehen. Jetzt gilt es, kühlen Kopf zu bewahren. Offenbar ist die Sozi-Jugend trotz Hubachers realistischen Unkenrufen von ihrem selbstzerstörerischen Vorhaben nicht abzubringen. Also sorgen wir durch landesweite Aufklärung und Unterschriftsverweigerung dafür, dass die

Extremisten deutlich erkennen, wo sie hingehören: ins politische Abseits.

Ob Erfahrung klüger macht, ist am Anfang des Vorwortes gefragt worden, und zwar mit Blickrichtung auf Nationalrat und SPS-Präsident Hubacher. Dessen Partei nämlich hat auch einen Pfeil im Köcher, den sie gegen die links so ungeliebte Armee abschiessen will. Ich meine das (Ab-)Rüstungsreferendum, mit dem die SPS inskünftig das Militärbudget bzw Teile davon, dem Volksentscheid unterwerfen will.

Das von den Sozialdemokraten angestrebte Referendum ist eine echte Gefahr für unsere militärische Landesverteidigung. Sein Zustandekommen würde nicht die Abschaffung der Armee bedeuten, aber es käme letztlich auf das gleiche hinaus. Das jetzt schon äusserst schwerfällige und mühsame, von demokratischen Hindernissen gespickte Prozedere der Rüstungsbeschaffung bekäme noch mehr Sand ins Getriebe gestreut, könnte ganz zum Erliegen kommen. Kampftüchtigkeit und Glaubwürdigkeit der Armee gingen mit Sicherheit verloren. Sie würde unfähig, ihren Auftrag zu erfüllen.

Das wissen auch Hubacher und seine Gefolgsleute. Wenn der Präsident die geplante Armeeabschaffungs-Initiative seiner Jungburschen als politisches Harakiri bezeichnet, dann wohl nur aus der Furcht, diese unerwünschte, von der Partei nicht abgeseignete Eskapade könnte die eigenen Referendumspläne empfindlich stören.

Es ist das sozialistische Rüstungsreferendum, dessen Gelingen letztlich aus der Schweiz ein Libanon machen – sie zum ohnmächtigen Spielball der Mächte degradieren würde, wie das anno 1798 geschehen ist, wie das während des Zweiten Weltkrieges die pazifistisch gesinnten Völker Norwegens, Dänemarks und Hollands schmerzlich erfahren mussten. Die Armee ist der einzige und glaubwürdigste Garant unserer Neutralität, unserer Freiheit, unserer Sicherheit, unseres Friedens. Wer das erkennt und bejaht, wird mit aller Kraft dafür sorgen müssen, dass dieser – und da ist der Ausdruck mehr als berechtigt – tödliche Anschlag gegen die Armee im Keim erstickt wird.

Ich bin überzeugt, dass das Schweizervolk diesen Anschlag gegen seine Wehrkraft verhindern wird. Das fordert unseren Einsatz. Das fordert Aufklärung. Gespräch, Argumentation. Nicht Schweigen, sondern Reden tut not. Vermitteln wir dem SPS-Präsidenten jene Erfahrung, die hinterher klüger macht – wenn nicht ihn, so doch seine Partei. In unsere Hand ist es gegeben, dass das Rüstungsreferendum für die Initianten zu einem politischen Harakiri wird!

Ernst Herzig